

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (02 28) 21 90 38/39
Telex: 8 86 846 ppbr d

Inhalt

40. Jahrgang / 168

4. September 1985

Horst Sielaff MdB verurteilt den Umgang von General Rogers mit der Forderung nach einer C-waffenfreien Zone in Europa: Skrupellos. Seite 1

Egon Lutz MdB, Obmann der SPD-Fraktion im Ausschuß für Arbeit und Sozialordnung des Deutschen Bundestages, kommentiert die jüngsten Arbeitsmarktzahlen aus Nürnberg: Dauer-Skandal. Seite 3

Manfred Reimann MdB, Mitglied des Bundestagsausschusses für Arbeit und Sozialordnung, fordert mehr Ausgaben für aktive Arbeitsmarktpolitik: BfA-Finanzierungssystem reformieren. Seite 5

Dokumentation:

Der SPD-Abrüstungsexperte Dr. Hermann Scheer hat in einem Schreiben an Verteidigungsminister Wörner dessen Aussage widerlegt, die Neutronenwaffe werde nicht produziert. Wortlaut Seite 6

Skrupellos und zynisch

Zum Umgang von Bernard Rogers mit der Forderung nach einer C-waffenfreien Zone

Von Horst Sielaff MdB

Sprecher des Kreises von Bundestagsabgeordneten, die vor dem Bundesverfassungsgericht eine Organklage zu den C-Waffen-Lagern eingereicht haben

Die größten Waffenlager chemischer Kampfstoffe innerhalb der Nato liegen in der Pfalz. Selbst die CDU-Abgeordneten bestätigen, daß sie wissen, „welche Angst die Bevölkerung vor chemischen Waffen haben“. Sie geben zu, daß diese Waffeninstrumente für die Verhinderung eines Ernstfalles keine Rolle spielen, sondern im Gegenteil vorwiegend die eigene zivile Bevölkerung in Gefahr bringen.

Die Diskussion um die Wiederaufnahme der Produktion neuer chemischer Waffen durch die USA hat die Menschen in der Region, die der CDU-Ministerpräsident von Rheinland-Pfalz, Vogel, stolz als „größten Flugzeugträger der Nato“ bezeichnete und in der die wichtigsten Einsatzzentren für den Kriegsfall innerhalb der Nato liegen, erneut verunsichert.

Eine neue Produktion binärer chemischer Waffen in den USA läuft jetzt an und alle Militär-Fachleute versichern, daß die Lagerung dieser offiziell weltweit geächteten Waffen nur in der Bundesrepublik, also auf unserem Boden, einen Sinn macht.

Der DGB Rheinland-Pfalz und Abgeordnete der SPD klagen vor dem Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe mit dem Ziel, die alten chemischen Waffen bei den US-Stationierungstruppen in der Bundesrepublik Deutschland einzuschrotten und aus dem Land zu schaffen. FDP-Bundestagsabgeordnete haben ebenfalls die Vernichtung dieser Waffen gefordert, die Landesregierung in Rheinland-Pfalz erklärte am 19. August 1985 in ihrer Antwort auf eine kleine Anfrage:

Verlag und Redaktion:

Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH
Heussallee 2-10, Pressehaus M217
5300 Bonn 1, Postfach 12 04 08

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50
mtl. zuzügl. Mwst und Versand.

Kostenloser Leserversuch
mit wertvollen Beilagen
Bis 31.10.85



„Sie bekennt sich zu der von allen Bundesregierungen vertretenen Abrüstungspolitik, seitdem die vom Bundeskanzler Adenauer geführte Bundesregierung 1954 als erste Regierung aus freien Stücken vorbehaltlos und völkerrechtlich verbindlich für die Bundesrepublik Deutschland auf atomare, bakteriologische und chemische Waffen verzichtet hat. Sie bejaht die vom Deutschen Bundestag am 3. Dezember 1981 einstimmig gefaßte Entschließung, wonach unter anderem der unverzügliche Abschluß eines Vertrages über das Verbot der Entwicklung, Herstellung und Lagerung von C-Waffen sowie die Vernichtung vorhandener Waffen dieser Art gefordert wird und begrüßt die neuerliche Initiative der Fraktionen von CDU/CSU und F.D.P. im Bundestag zur vollständigen Abschaffung der chemischen Waffen.“

In diesem Bericht fährt die Landesregierung dann fort:

„Die Landesregierung hat im Juni 1982 dem Entwurf eines Gesetzes zu dem Übereinkommen vom 10. April 1972 über ein Verbot der Entwicklung, Herstellung und Lagerung bakteriologischer Waffe und Toxin-Waffen sowie über die Vernichtung dieser Waffen zugestimmt und dabei die Bundesregierung gebeten, möglichst unverzüglich auf eine Regelung zu drängen, durch die sich die Staaten zu wirksamer internationaler Kontrolle der bereits geltenden B-Waffen-Verbote verpflichten. Sie appellierte zugleich an die Bundesregierung, in den zuständigen internationalen Gremien verstärkt auf den unverzüglichen Abschluß des Vertrages über das Verbot der Entwicklung, Herstellung und Lagerung von C-Waffen hinzuwirken. Ministerpräsident Dr. Vogel hat ferner anläßlich einer Reise in die Vereinigten Staaten von Nordamerika im Februar 1983 die Initiative der amerikanischen Regierung für ein umfassendes Verbot chemischer Waffen bei Gesprächen mit Regierungsvertretern nachdrücklich unterstützt.“

Über all diese Bedenken und Versuche, die Bundesrepublik Deutschland von mörderischen Waffen freizumachen, geht der Oberbefehlshaber der NATO hohnlachend hinweg. Ernsthafte Versuche, eine chemiewaffenfreie Zone in Europa zu schaffen, wie sie die Entscheidungsträger in der DDR, CSSR und in der Volksrepublik Polen mit der SPD in einem Vertragsentwurf für den Abzug der vorhandenen C-Waffen und dem Verbot der Lagerung neuer C-Waffen vorgelegt haben, wischt Rogers zynisch beiseite und legt nahe: „Der Westen solle nicht seine Zeit mit der Verhandlung über solche Zonen verschwenden.“

Ernsthafte Versuche zur Abrüstung werden damit lächerlich gemacht und die berechtigte Angst der Bevölkerung um ihre eigene Sicherheit und ums bloße Überleben wird mit solchen Bemerkungen skrupellos beiseite gewischt.

(-/4.9.1985/vo-he/rs)

+ + +



Dauer-Skandal

Die anhaltende Arbeitslosigkeit und die Untätigkeit der Bundesregierung

Von Egon Lutz MdB

Obmann der SPD-Fraktion im Ausschuß für Arbeit und Sozialordnung des Deutschen Bundestages

In diesen Tagen bietet das Geschehen in und um Bonn (sowie Ost-Berlin) wieder einmal so viel Gesprächsstoff und Skandale, daß ein Skandal darin nahezu unterzugehen droht. Die Rede ist von den jüngsten, am heutigen Tage veröffentlichten Arbeitsmarktzahlen für den August 1985.

Schon wieder - zum 8. Mal in diesem Jahr! - erreicht die Nürnberger Statistik Nachkriegs-Rekordniveau. Schon wieder hört man aus Regierungskreisen, daß dies eigentlich gar nicht so schlimm sei, keinen Anlaß zur Sorge biete und überhaupt in Kürze dank der so viel Optimismus ausstrahlenden Regierung alles viel besser werde.

Und immer unverhohlener werden die christdemokratischen Gedankenspiele zu einer „neuen“ Arbeitsmarktstatistik, aus der mit mehreren statistischen Federstrichen auf einen Schlag mehrere hunderttausende Arbeitslose getilgt werden sollen.

Manche reden auch einer „Alternativstatistik“ der Beschäftigtenzahlen das Wort, mit deren Hilfe offensichtlich der Beleg gelingen soll, noch (!) gebe es in diesem unserem Lande mehr Beschäftigte als Arbeitslose.

Im August 1985 gab es 2.216.600 offiziell als arbeitslos registrierte Bundesbürger, das sind 14.800 mehr als noch im August 1984 und 4.800 weniger als im Juli 1985. Im Durchschnitt der ersten acht Monate dieses Jahres beläuft sich damit die Zahl der Arbeitslosen auf 2.356.900 - 51.000 oder zwei Prozent mehr als im gleichen Zeitraum des bisher schwärzesten Jahres der Arbeitslosenstatistik 1984. Die Arbeitslosenquote ging von Juli auf August 1985 um 0,1 Prozent auf nunmehr 8,9 Prozent zurück (August 1984 ebenfalls 8,9 Prozent).

Die Bundesanstalt für Arbeit sieht dennoch unter Zuhilfenahme der geringfügig nach unten tendierenden saisonbereinigten Arbeitslosenzahl und des saisonbereinigten Stellenangebotes „weiterhin sichtbare Anzeichen für eine konjunkturelle Besserung auf dem Arbeitsmarkt“. Schuld an dem wiederum schlechten Bild, das die Statistik am heutigen Tag vermittelt, sind dieses Mal nicht das Wetter beziehungsweise die Jahreszeit, Streiktage oder psychologische Probleme mit gewerkschaftsgeplagten Arbeitgebern, sondern Berufsanfänger und die Personengruppe der noch nicht Berufstätigen, die im vergangenen Monat auf dem Arbeitsmarkt drängten.

Der Bundesanstalt ist offensichtlich keine Argumentationskrücke ärmlich genug, um sie angesichts der erschreckenden Zahlen unter den Bundesbürgern zu verbreiten.

Dabei war der Zugang an Arbeitslosen im vergangenen Monat erstmals seit sechs Monaten wieder größer als im Vorjahr (um 6.100 oder zwei Prozent): 96.000 noch nicht oder aber über einen längeren Zeitraum arbeitslose Menschen wandten sich im August 1985 hilfe-, weil arbeitssuchend an die Arbeitsämter dieser Republik (5.600 oder sechs Prozent mehr als vor einem Jahr); hinzu kamen noch 180.900 Arbeitslosenmeldungen von Menschen, die zuvor in Arbeit und Brot standen.



Der Abgang an Arbeitslosigkeit entwickelt sich gleichfalls wieder zurück im Vergleich zu den Vormonaten: meldeten sich im Juli 1985 noch acht Prozent mehr ab als im Vorjahr, beträgt dieser Abstand bei insgesamt 303.600 Abmeldungen im August nur noch vier Prozent (+ 10.500).

Die Regierungskommentatoren werden heute vor allem auf den Anstieg der Beschäftigtenzahlen verweisen, die im verarbeitenden Gewerbe zum Beispiel um 100.000 über der des Vorjahres liegt, während die Bauwirtschaft um dieselbe Größenordnung hinter der Zahl von vor zwölf Monaten zurückblieb. Die Bundesanstalt bilanziert bei ihrer Gesamtbetrachtung aller Wirtschaftssektoren einen Beschäftigungsgewinn von 100.000 gegenüber 1984.

Wirtschaft und öffentliche Verwaltungen meldeten den Arbeitsämtern im August 1985 137.400 offene Stellen (+ 13.000 oder zehn Prozent gegenüber 1984). Der Stellenbestand belief sich auf 117.400 und lag damit um 22.700 oder 24 Prozent höher als 1984. Die Gesamtzahl der Arbeitsvermittlungen betrug 167.400 (+ 9.000 oder sechs Prozent gegenüber 1984), wobei auf längerfristige Beschäftigungsverhältnisse 107.700 Vermittlungen entfielen. In Allgemeine Maßnahmen zur Arbeitsbeschaffung (ABM) wurden 8.800 Arbeitslose vermittelt, womit sich die Zahl unter Berücksichtigung der ausscheidenden Arbeitnehmer um 500 auf 97.100 erhöhte (+ 15.200 gegenüber dem Vorjahr).

Die Zahl der Kurzarbeiter nahm von Juli auf August um 33.600 oder 31 Prozent auf 73.900 ab, davon entfielen bei einem Rückgang von 9.100 23.600 auf das Baugewerbe. Interessant ist eine unterschiedliche Entwicklung der Arbeitslosenzahlen bei Frauen (1.040.200, gegenüber 1984 + drei Prozent) und Männern (1.176.500, gegenüber 1984 - ein Prozent). Saisonbereinigt geht die Arbeitslosigkeit bei den Männern geringfügig zurück, während sie bei den Frauen noch zunimmt. Als Ursache meldet die Bundesanstalt für Arbeit eine in stärkerem Umfang steigende Zahl Erwerbsarbeit suchender Frauen. Die Zahl der arbeitslosen Jugendlichen unter 20 Jahren erhöhte sich im August 1985 um 13.300 oder acht Prozent auf nunmehr 181.800, die der arbeitslosen Ausländer verringerte sich um 3.100 oder ein Prozent auf 236.400.

Und trotz all dieser Zahlen und der sich hinter ihnen verbergenden Schicksale von Millionen Bundesbürgern legt die Bundesregierung dem Bundestag einen Haushaltsentwurf vor, dessen beschäftigungspolitische Wirkung nahezu Null sein wird. Auch dies ist ein Skandal, den die SPD-Opposition am heutigen Tage im Plenum des Bundestages und in den kommenden Wochen und Monaten bei Veranstaltungen in den Städten und Gemeinden immer wieder anprangern wird.

(-/4.9.1985/vo-he/rs)

+ + +



BfA-Finanzierungssystem reformieren

Der Ausgabenanteil für aktive Arbeitsmarktpolitik muß gesteigert werden

Von Manfred Reimann MdB

Mitglied des Bundestagsausschusses für Arbeit und Sozialordnung

Die Unzulänglichkeit der derzeitigen Regierungskoalition zum wirklichen Abbau der Arbeitslosigkeit zeigt sich schon darin, wie sie die ganze Diskussion über die Überschüsse der Bundesanstalt geführt hat. Denn auch dabei läßt diese Bundesregierung ihre Verantwortlichkeit zum ursächlichen Abbau der Arbeitslosigkeit (durch Schaffung neuer Arbeitsplätze) vermissen.

Statt so zu diskutieren, als ginge es um die Verteilung des angeblichen Säranfelles (= derzeitige Überschüsse), die in Wirklichkeit durch Ihre unsoziale Kürzungspolitik auf dem Rücken der Arbeitslosen entstanden sind, sollte die Regierung Kohl dafür Sorge tragen, daß die aktive, gestalterische Arbeitsmarktpolitik wieder das Gewicht erhält, das sie unter der Regierung Helmut Schmidt von 1976 bis 1981 hatte.

Symptomatisch für das arbeitsmarktpolitische Versagen der Regierung Kohl ist vor allem, daß der Ausgabenanteil für aktive Arbeitsmarktpolitik auf 32 Prozent (1983) abgesunken ist.

Die Bundesregierung hat dieses Instrument einfach verkommen lassen. Kein Wunder, daß die offiziell registrierte und versteckte Arbeitslosigkeit seit Oktober 1982 weiter hochgeschneit ist. Leidtragende und Opfer in mehrfacher Hinsicht sind dadurch arbeitslose Menschen und ihre Familien.

Herr Minister Blüm und die Bundesregierung sind aufgefordert, die unter der sozialliberalen Bundesregierung begonnene konzeptionellen Überlegungen zum Finanzierungssystem der Bundesanstalt weiterzuführen, da die Verteilung der derzeitigen Überschüsse von der Bundesanstalt arbeitslosen Menschen eben nicht zu einer neuen Arbeitsstelle verhilft.

Reformbedürftig ist vor allem das Finanzierungssystem der Ausgaben der Bundesanstalt, so wie ich es ausführlich am 29. August 1985 im Sozialdemokratischen Pressedienst Wirtschaft dargelegt habe.

Ursachenbekämpfung der Arbeitslosigkeit ist nur dann möglich, wenn die Finanzierung aktiver Arbeitsmarktpolitik unabhängig wird vom Beitragsaufkommen der Erwerbstätigen. Meine Diskussionsvorschläge dazu sind:

- a) Mischfinanzierter Beschäftigungsfonds unter Beteiligung aller öffentlichen Haushalte (so wie es Sozialsenator Scherf vorgeschlagen hat), damit auch für den Bürger deutlich wird, daß Arbeitslosigkeit volkswirtschaftlich und für unser Sozialversicherungssystem einfach zu teuer ist.
- b) Beitragsfinanzierter Fonds der Bundesanstalt (Beiträge von Arbeitnehmern und Arbeitgebern sowie
- c) Sicherung und Erweiterung des Beitragsaufkommens der Bundesanstalt - gerade angesichts zu befürchtender Arbeitsplatzverluste durch neue Techniken. In diesem Zusammenhang würde sich die Einführung eines Arbeitsmarktbeitrages für Selbständige und Beamte anbieten, weil die Bundesanstalt für Arbeit für die Allgemeinheit eine konjunkturstabilisierende Funktion wahrnimmt. Selbständige hätten damit einen eigenen Anspruch gegen die Wechselfälle des Lebens (zum Beispiel Konkurs, Invalidität). (-/4.9.1985/va-he/rs)

+ + +



DOKUMENTATION

Scheer-Brief an Wörner: Neutronenwaffen werden massenweise produziert

Der SPD-Abrüstungsexperte Dr. Hermann Scheer MdB hat Bundesverteidigungsminister Manfred Wörner in einem Schreiben vom 29. August mit Fakten konfrontiert, die erneut die Massenproduktion von Neutronensprengköpfen in den USA belegen. Verteidigungsminister Wörner hatte diesen Sachverhalt indessen abgestritten. Der Brief Scheers hat folgenden Wortlaut:

Sehr geehrter Herr Minister,

in der Bundestagsdebatte am 13. Juni erklärte ich, daß eine Massenproduktion von Neutronenwaffen stattfindet. In Ihrer anschließenden Rede bestritten Sie dies und erklärten, daß in Amerika noch nicht einmal die Entscheidung für die Produktion von Neutronensprengköpfen gefallen sei.

Mir liegen nun einige Informationen vor, die mich veranlassen, diese Thematik erneut aufzugreifen. Der Annual Report to the Congress für das Jahr 1986 vom 4.2.1985 spricht von drei Sprengkopftypen für nukleare Gefechtsfeldwaffen, die hinsichtlich ihrer Sprengwirkung und Zielgenauigkeit verbessert wurden beziehungsweise weiter verbessert werden, und zwar bei den W 70, W 79 und W 82. Laut dem nichtoffiziellen Nuclear Weapons Data Book 1984 wurde die dritte Variante des W 70 - W 70/3 - mit einer Tricium-Komponente produziert, und zwar in den Jahren 1981/83. Von den W 70/1-3 sollen 945 produziert worden sein, davon 340 für 140 Trägersysteme (Lance) der NATO. 380 der 945 Warheads sollen die Variante W 70/3 ausmachen, die 1981 produziert worden sei.

Dies geht auch aus einem Bericht des amerikanischen Journalisten Pincus in der Washington Post vom 9.8.1981 hervor. Im Ernstfall soll die Tricium-Komponente eingeflogen werden, woraus hervorgeht, daß W 70/3 ohne diese Komponente in der Bundesrepublik gelagert sein könnten, eventuell auch in Italien und den Niederlanden. Da es sich bei der Tricium-Komponente um eine Neutronenkomponente handelt, möchte ich Sie fragen, ob Sie den dargestellten Sachverhalt bestätigen können, daß es sich bei Sprengköpfen mit Tricium-Komponenten bereits um eine Sprengkopf-Kategorie handelt, die zur Kategorie der Neutronenwaffen gehört, und wie viele W 70/3 in der Bundesrepublik gelagert sind, für die die Zuführung einer solchen Komponente vorgesehen wäre.

Für den W 79 (203 mm) sollen laut Annual Report alle beantragten Mittel gebilligt sein, ab dem Jahr 1985 jedoch ohne Enhanced Radiation Components. Laut Nuclear Weapons Data Book seien W 79/1 mit solchen Komponenten und einer Sprengkraft von 1 KT bis 1984 produziert worden. Die Sprengköpfe sollen im Seneca-Army-Depot im amerikanischen Bundesstaat New York gelagert sein. Eine spätere Lagerung sei geplant in Belgien, den Niederlanden, Großbritannien, Griechenland, Italien, der Türkei und in der Bundesrepublik. Auch hierzu möchte ich Sie fragen, ob Sie diesen Sachverhalt bestätigen können, und unter welchen Bedingungen gegebenenfalls die Verbringung nach Europa erfolgen würde.

Mit freundlichen Grüßen

gez. Hermann Scheer

(-/4.9.1985/vo-he/rs)

+ + +

